



Klischees auf dem Prüfstand

Handelssalden. Derzeit ist aus dem Ausland verstärkt der Vorwurf zu hören, Deutschland wirtschaftete zunehmend auf Kosten seiner europäischen Nachbarn und tue nichts für die Binnennachfrage – die Fakten aber sehen anders aus.

Erst Ende Oktober haben die USA Deutschland angeklagt, es behindere mit seiner Exportabhängigkeit und seiner blutarmen Binnennachfrage die Gesundung der Europartner. Mitte November hat die EU-Kommission nachgelegt und Deutschland auf die rote Liste der Länder mit möglicherweise zu hohen Leistungsbilanzsalden gesetzt. Die Leistungsbilanz erfasst die grenz-

überschreitenden Ströme von Waren und Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie Übertragungen (z. B. Heimatüberweisungen von Ausländern).

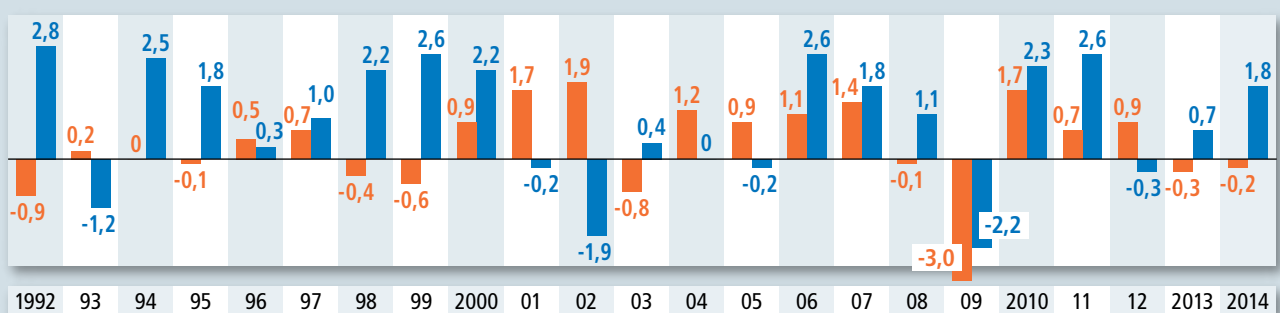
Meist tadelte die EU bisher einen Staat, wenn dessen Importe die Exporte deutlich übertrafen. Im Fall von Deutschland ist es jedoch umgekehrt – hier übersteigen die Ausfuhren die Einfuhren. Und weil der

deutsche Leistungsbilanzüberschuss 2013 erneut bei mehr als 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen wird – also oberhalb der von der EU-Kommission festgelegten Warnschwelle –, war Brüssel gezwungen, die Reißleine zu ziehen.

Vorgesehen ist nun, die Gründe für den hohen deutschen Überschuss genau zu untersuchen. Es ist aber nicht zu erwarten, dass die EU-Kommission Deutschland am Ende vorschreibt, seine Exporte zu reduzieren oder seine Wettbewerbsfähigkeit – etwa in Form kräftiger →

Außenhandel treibt deutsches Wachstum nicht mehr an

Beiträge zum Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland in Prozentpunkten



2013 und 2014: Prognose des Sachverständigenrats
Quellen: Statistisches Bundesamt, Sachverständigenrat

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 48

Inhalt

Einkommensverteilung.
Seit 2005 driften die Einkommen der Bundesbürger nicht mehr auseinander, die Schere schließt sich aber auch nicht.
Seite 3

Akademische Bildung.
Unternehmen nehmen immer mehr Geld in die Hand, um Studenten sowie studierende Mitarbeiter zu unterstützen.
Seite 4-5

Verhaltensökonomik.
Entscheidungen von Konsumenten und Sparern hängen oft von sogenannten Defaults ab.
Seite 6

Arbeitsvolumen.
Die Erwerbstätigen in Deutschland haben im vergangenen Jahr so viel gearbeitet wie seit 1994 nicht mehr.
Seite 7

Frauenquote. Ab 2016 sollen Frauen in börsennotierten Unternehmen 30 Prozent der Aufsichtsratsmandate besetzen.
Seite 8

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

→ Lohnsteigerungen – zu verschlechtern. Zumal darunter auch Deutschlands Nachbarn leiden würden. Denn diese profitieren über Zulieferungen nahezu im Gleichklang von den wachsenden Exporten Deutschlands ins außereuropäische Ausland:

Steigen die deutschen Exporte um 10 Prozent, nehmen die Vorleistungsausfuhren der EU-Partner nach Deutschland um rund 9 Prozent zu.

Also wird die Kommission höchstwahrscheinlich fordern, dass Deutschland sein Importdefizit behebt. Bei diesem Thema ist die Bundesrepublik ohnehin bereits auf einem guten Weg:

- **Nachbarn holen auf.** Der deutsche Leistungsbilanzsaldo ist nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zwar auf rund 7 Prozent gestiegen. Allerdings haben sich die Leistungsbilanzüberschüsse regional verlagert – weg von der Eurozone, hin zu Amerika und Asien (Grafik):

Im ersten Halbjahr 2013 betrug der deutsche Leistungsbilanzüberschuss gegenüber den Euroländern nur noch 26 Milliarden Euro – im

ersten Halbjahr 2008, vor der Krise, waren es 58 Milliarden Euro.

Besonders stark ist der Überschuss gegenüber Spanien und Italien geschrumpft. Dieser Rückgang hat den Krisenländern geholfen. Dahinter steht, dass einige dieser Länder mehr nach Deutschland exportieren – offenbar beginnen die Strukturreformen zu wirken (vgl. iwd 44/2013).

Dass der deutsche Exportmotor keineswegs zulasten der europäischen Nachbarn beschleunigt, zeigen auch andere Zahlen: Schon in diesem Jahr werden die preisbereinigten Exporte mehr oder weniger stagnieren. Und für das kommende Jahr erwarten die Unternehmen gemäß der aktuellen Herbstumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln allenfalls eine leichte Aufhellung ihrer Exportperspektiven (vgl. iwd 47/2013).

Gleichzeitig sind die realen deutschen Importe in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen, die realen Exporte gaben dagegen um 0,3 Prozent nach.

Im kommenden Jahr dürfte das Wachstum der Importe etwas stärker ausfallen als das der Exporte. Damit wird Deutschlands Leistungsbilanzüberschuss 2014 nach Schätzungen der OECD auf 6 Prozent sinken.

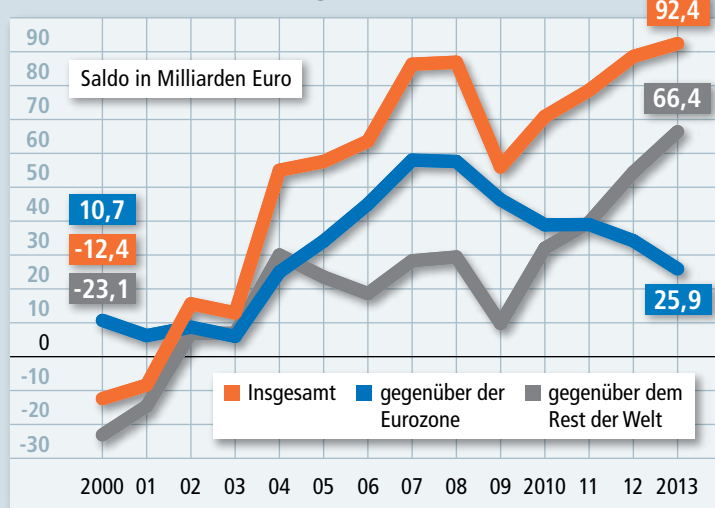
- **Binnennachfrage zieht an.** Der Vorwurf, Deutschland tue zu wenig für die heimische Nachfrage, geht ebenfalls ins Leere. So wird die Inlandsnachfrage laut Sachverständigenrat 2014 kräftig zulegen.

Im Jahr 2014 dürften 1,8 Prozentpunkte des BIP-Zuwachses auf die Binnennachfrage entfallen.

Vor allem der private Konsum wächst, denn die Bundesbürger haben aufgrund des Job-Booms und der kräftigen Lohnsteigerungen – je 2,7 Prozent in den Jahren 2013 und 2014 – mehr Geld im Portemonnaie.

Auch in früheren Jahren war der Beitrag des Außenhandels zum Wachstum des realen BIP niedriger als oft vermutet (Grafik Seite 1). Von 2006 bis 2012 belief er sich auf durchschnittlich 0,4 Prozentpunkte pro Jahr – der Wachstumsimpuls der Inlandsnachfrage betrug dagegen im Schnitt 1,1 Prozentpunkte.

Die deutsche Leistungsbilanz



Angaben jeweils für das erste Halbjahr
 Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank

Deutscher Leistungsbilanzsaldo in Milliarden Euro gegenüber ...

	2008	2013
Eurozone	57,6	25,9
darunter: Italien	10,4	4,8
Spanien	15,4	4,8
Portugal	2,9	1,6
Griechenland	2,7	1,1
Übrige EU	16,4	9,4
Andere europäische Länder	4,6	6,9
USA	8,3	17,6
Amerika ohne USA	4,9	13,2
China	-8,6	2,2
Japan	-5,0	-1,7
Südostasiatische Schwellenländer	-1,0	5,4
Naher und Mittlerer Osten	9,2	11,6
Übriges Asien	-1,4	-2,3
Übrige Welt	2,1	4,0
Insgesamt	86,9	92,4

Weder vor noch zurück

Einkommensverteilung. Seit 2005 driften die Einkommen der Bundesbürger nicht mehr auseinander. Die Einkommensschere schließt sich aber auch nicht. Für beides gibt es Gründe.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat eine neue Studie zur Einkommensentwicklung der Deutschen vorgelegt – und Erklärungen dafür geliefert, warum die Einkommen früher sehr stark auseinandergedriftet sind, heute aber eher Stillstand zu verzeichnen ist (Grafik):

- **Längerfristige Entwicklung.** Der Anstieg der Einkommensungleichheit seit den 1990er Jahren konnte 2005 gestoppt werden – nicht zuletzt dank des Aufschwungs auf dem Arbeitsmarkt:

Seit 2005 sind mehr als 2,7 Millionen neue sozialversicherungspflichtige Jobs entstanden. Die Arbeitslosenquote hat sich mehr als halbiert.

Durch diese Entwicklung holten die unteren Einkommensbezieher etwas auf: So sind die Realeinkommen der ärmsten 10 Prozent der Bevölkerung zwischen 2005 und 2011 um 6 Prozent gestiegen, die oberen Einkommen haben sich in diesem Zeitraum kaum verändert.

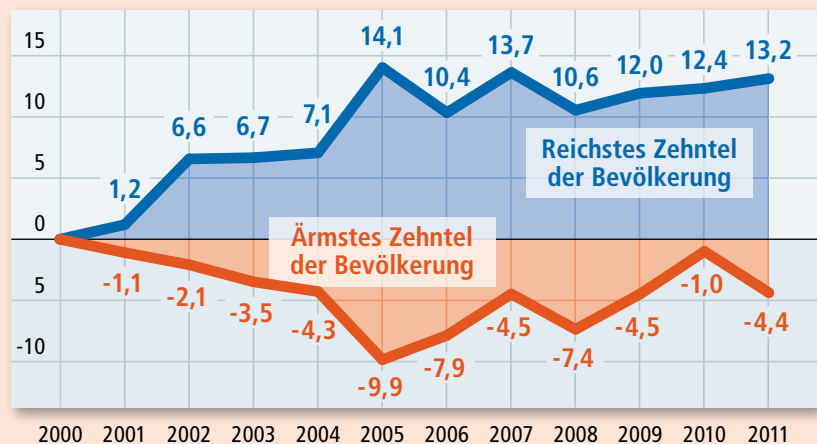
Damit läuft Deutschland gegen den internationalen Trend. In 21 von 33 OECD-Ländern, für die Daten verfügbar sind, haben sich die Einkommen der Gutverdienenden über die Krisenjahre hinweg besser entwickelt als die Einkommen der ärmeren Bevölkerung.

Auch die Optimisten unter den Forschern müssen allerdings einräumen, dass die Einkommen der är-

Die Einkommensdrift in Deutschland

Lesebeispiel: Die realen Pro-Kopf-Einkommen des untersten Dezils – das ist das Zehntel der Bevölkerung mit den niedrigsten verfügbaren Einkommen – sind vom Jahr 2000 bis 2005 um 9,9 Prozent gesunken. Im obersten Zehntel sind die Einkommen dagegen um 14,1 Prozent gestiegen. Anschließend ging die Schere nicht weiter auseinander, vielmehr näherten sich die Einkommen wieder an. So hatte das unterste Dezil im Jahr 2011 nur noch einen Einkommensrückgang von 4,4 Prozent gegenüber dem Vergleichsjahr 2000, im obersten Dezil schrumpfte der Zuwachs auf 13,2 Prozent.

Verfügbares Einkommen – Veränderung der Mittelwerte gegenüber dem Jahr 2000 in Prozent



Einkommen und Einkommensgruppen auf Basis der bedarfsgewichteten realen Nettoeinkommen pro Kopf in Preisen des Jahres 2005; Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwed 48

meren und reicheren Bundesbürger heute weiter auseinanderliegen als zu Beginn der 1990er Jahre. Für diese Tatsache gibt es eine Reihe von Erklärungen. Ein wesentlicher Grund ist der Fachkräftemangel:

Die steigende Nachfrage nach Hochqualifizierten stößt auf ein begrenztes Angebot an gut ausgebildeten Arbeitnehmern – die deshalb überdurchschnittliche Löhne und Gehälter verlangen können.

Am unteren Ende der Einkommensschere stehen dagegen häufig geringqualifizierte Langzeitarbeitslose, die nur schwer in den Arbeitsmarkt zu integrieren sind.

Laut DIW trägt auch der demografische Wandel zur steigenden Ungleichheit bei: Es gibt immer mehr Rentner, die in der Regel über weniger Geld verfügen als ein Beschäftigter. Und die Senioren steigen normalerweise auch in der Einkommenshierarchie nicht mehr auf. Zudem hat die wachsende Zahl von Singlehaus-

halten und Alleinerziehenden das Einkommensgefälle verstärkt.

- **Kurzfristige Entwicklung.** Seit dem Jahr 2005 hat sich in der Einkommensverteilung nicht mehr viel getan. Die kleinen Veränderungen nach oben und unten beschreiben keine Trends, sie sind vielmehr auf Sonderfaktoren zurückzuführen.

Zum Beispiel sind mit der derzeit guten Immobilien- und Börsenmarktentwicklung auch die Vermögenseinkommen wieder gestiegen, die Verluste der Finanzmarktkrise wurden also zum Teil kompensiert.

Zu einem nennenswerten Einkommenszuwachs am oberen Ende der Einkommenshierarchie hat dies allerdings nicht geführt: Die Realeinkommen des reichsten Zehntels sind von 2010 auf 2011 gerade einmal um 0,7 Prozent gestiegen.

Eine Erklärung dafür, warum die Einkommen des untersten Zehntels 2011 zurückgegangen sind, gibt es bisher nicht.

Wirtschaft macht 2,5 Milliarden Euro locker

Akademische Bildung. Zum zweiten Mal haben das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft ermittelt, mit wie viel Geld und welchen Zielen die Unternehmen die Ausbildung an den Hochschulen fördern. Offenbar setzen die Betriebe vor allem auf die direkte Unterstützung junger Studenten sowie auf die akademische Weiterbildung der eigenen Mitarbeiter.

Sie stellen Praktikumsplätze zur Verfügung, vergeben Stipendien, finanzieren Studiengänge und Professuren: Unternehmen unterstützen die Ausbildung an den Unis und Fachhochschulen nicht nur auf vielfältige Weise, sie machen auch Jahr für Jahr mehr Geld dafür locker (Grafik):

Im Jahr 2012 haben deutsche Firmen mehr als 2,5 Milliarden Euro in die akademische Bildung investiert – das sind 15 Prozent mehr als 2009.

Damit wenden die Betriebe fast doppelt so viel Geld für die Hoch-

schullehre und die Studenten auf wie für die universitäre Forschung, so das Ergebnis einer gemeinsamen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln und des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft. Es ist die zweite Erhebung dieser Art, erstmals hatten die beiden Institutionen das Volumen der unternehmerischen Investitionen in die akademische Bildung für 2009 ermittelt.

Die Firmen nehmen nicht nur deutlich mehr Geld in die Hand als vor ein paar Jahren, sie verteilen es

auch anders als früher: Heutzutage investieren die Unternehmen insbesondere in die Verzahnung von beruflicher Praxis und akademischer Bildung. Davon profitieren unmittelbar vor allem die Studenten:

- Der größte Teil der Investitionen – nämlich 948 Millionen Euro – fließt in die Förderung der **dualen Studiengänge**. Rund 65.000 Studenten, die die Unternehmenspraxis mit einem akademischen Studium verbinden, wurden von den Firmen im vergangenen Jahr unterstützt – mit durchschnittlich 14.577 Euro. Das deckt die Ausbildungs- oder Praktikumsvergütung, die Hochschulgebühren sowie die Personalkosten ab, die im Zusammenhang mit der Betreuung des Nachwuchses entstehen.

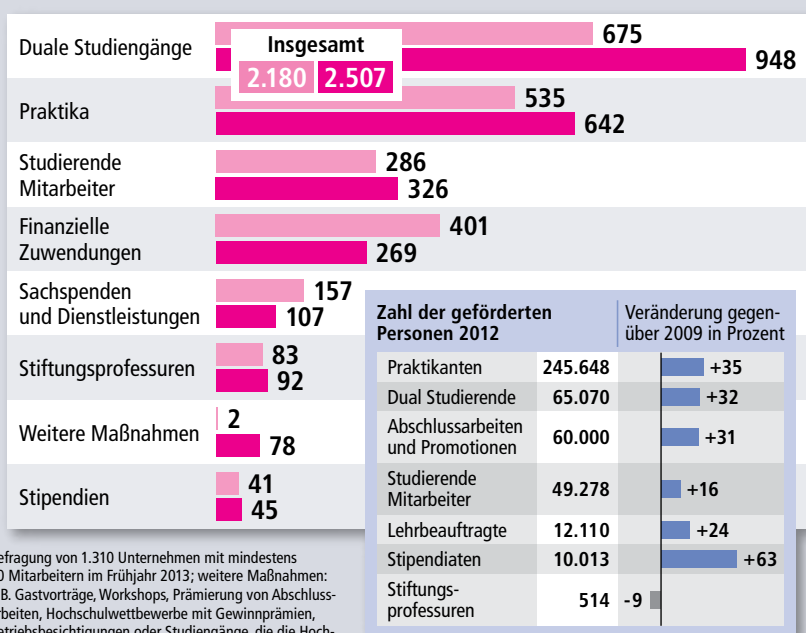
• Mehr als 640 Millionen Euro wendeten die Unternehmen 2012 für die Beschäftigung von **Praktikanten** auf, ein Plus von 20 Prozent gegenüber 2009. Die Betriebe öffneten damit im vergangenen Jahr fast 250.000 Praktikanten ihre Türen und trugen so auch der Tatsache Rechnung, dass mittlerweile jeder zweite Bachelorstudent ein Pflichtpraktikum außerhalb der Hochschule absolvieren muss.

• Doch nicht nur Externe, auch lernwillige Mitarbeiter konnten sich 2012 über das finanzielle Engagement ihrer Arbeitgeber freuen: Mit 326 Millionen Euro finanzierten die Unternehmen Studiengebühren und Freistellungen von fast 50.000 **studierenden Mitarbeitern**.

• Die Zahl der **Stipendiaten** ist seit 2009 um 63 Prozent auf 10.000 gestiegen, die Betriebe unterstützten sie zuletzt mit insgesamt 45 Millionen

Akademische Bildung: Unternehmen investieren Milliarden

in Millionen Euro ■ 2009 ■ 2012



Befragung von 1.310 Unternehmen mit mindestens 50 Mitarbeitern im Frühjahr 2013; weitere Maßnahmen: z. B. Gastvorträge, Workshops, Prämierung von Abschlussarbeiten, Hochschulwettbewerbe mit Gewinnprämien, Betriebsbesichtigungen oder Studiengänge, die die Hochschulen gemeinsam mit Unternehmen oder privaten Bildungsanbietern durchführen; Quellen: IW Köln/IW Consult, Stifterverband für die deutsche Wissenschaft

Euro. Zwei von drei Unternehmen setzen dabei auf das Deutschlandstipendium, bei dem sich der Staat zur Hälfte an der Förderung beteiligt.

Insgesamt investieren die Unternehmen mehr als 80 Prozent ihres Budgets für die akademische Bildung in Köpfe, knapp 20 Prozent fließen in Gebäude und Ausstattung der Hochschulen, zum Beispiel in Messgeräte, Testfahrzeuge und Bücher. Vor vier Jahren sah das noch anders aus. Damals gaben die Betriebe fast 30 Prozent der Investitionssumme für die Verbesserung der Rahmenbedingungen an den Unis und FHs aus.

Ein Grund dieser Veränderung ist, dass die Unternehmen wegen des demografischen Wandels verstärkt darauf achten, wie sie ihre Rekrutierungsmöglichkeiten verbessern können. Die Betriebe sind auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen, allein im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) tut sich bis 2020 voraussichtlich eine Lücke von 100.000 Akademikern auf. Vor allem deshalb fördert bereits jedes vierte Unternehmen in Deutschland duale Studiengänge, denn diese Form der Ausbildung ermöglicht es ihnen, zukünftige Absolventen bereits nach dem Abschluss der Schule anzusprechen und diese Kandidaten frühzeitig an sich zu binden.

Fast genauso wichtig ist es den Firmen, die Studenten auf den konkreten Berufsalltag vorzubereiten. Die Unternehmen erwarten, dass Hochschulabsolventen in der Lage sind, das theoretische Wissen auf Problemstellungen der Praxis anzuwenden (Grafik):

Für neun von zehn Unternehmen, die sich in der akademischen Ausbildung finanziell engagieren, ist die



Akademische Bildung: Was Unternehmen wichtig ist

So viel **Prozent** der Unternehmen, die die akademische Bildung finanziell unterstützen oder dies planen, halten dies bei ihrer Investitionsentscheidung für relevant

Mit dieser **Schulnote** bewerten die Unternehmen den jeweiligen Aspekt des Studienangebots der Hochschulen

Praxisorientierung bei der Theorievermittlung



Berufsbegleitende Organisation des Lehrangebots



Kooperation mit unserem Unternehmen bei der Planung und Ausgestaltung von Praxisphasen



Anrechnung der Leistungen von beruflich qualifizierten Mitarbeitern auf ein Studium



Interdisziplinarität des Lehrangebots



Auf unser Unternehmen zugeschnittene Weiterbildungsangebote der Hochschulen



Einzel studierbare Module, die in der Summe einen Studienabschluss ergeben



Ortsunabhängigkeit des Lehrangebots (z. B. durch Online-Kurse)



Internationalität des Lehrangebots (z. B. englischsprachige Studiengänge)



Befragung von 1.310 Unternehmen mit mindestens 50 Mitarbeitern im Frühjahr 2013
Quellen: IW Köln/IW Consult, Stifterverband für die deutsche Wissenschaft

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d-48 - Foto: shock - Fotolia.com

Verknüpfung von Theorie und Praxis sogar der wichtigste Aspekt bei ihrer Investitionsentscheidung.

Knapp acht von zehn Betrieben liegt daran, dass das Lehrangebot verstärkt so organisiert wird, dass man es auch parallel zum Beruf nutzen kann. Besonders wichtig ist den Firmen deshalb die vermehrte Einführung von berufsbegleitenden Masterstudiengängen. Derzeit sind erst 18 Prozent der mehr als 7.000 Masterstudiengänge in Deutschland zeitlich flexible Angebote, von den rund 7.500 Bachelorstudiengängen lassen sich sogar nur 13 Prozent „nebenher“ studieren.

Relevant für die Investitionsbereitschaft der Unternehmen sind darüber hinaus die Kooperationsmöglichkeiten zwischen der Hochschule und dem Betrieb sowie die

Anrechnungsmöglichkeiten von Leistungen beruflich qualifizierter Mitarbeiter auf ein Studium.

Bislang konnten die Hochschulen den Wunsch nach einer praxisverbundeneren Hochschulausbildung noch nicht rundum erfüllen: Im Durchschnitt gaben die Betriebe den investitionsentscheidenden Aspekten der akademischen Bildung lediglich die Schulnote 3,2. Am besten – mit einer 2,9 – schneidet noch die Internationalität des heimischen Lehrangebots ab. Allerdings spielt dieser Aspekt für die meisten Unternehmen nur eine untergeordnete Rolle.

Christiane Konegen-Grenier, Mathias Winde:
Bildungsinvestitionen der Wirtschaft 2012,
Essen 2013
www.iwkoeln.de/hochschulfinanzierung

Keine Entscheidung ist auch eine

Verhaltensökonomik. Warum abonnieren wir Zeitschriften, die wir nicht lesen, oder kaufen Reiserücktrittsversicherungen, die wir eigentlich gar nicht wollen? Und warum spenden die Ungarn und Österreicher häufiger Organe als die Deutschen? Statt nüchtern zu berechnen, was einem mehr nutzen könnte, entscheidet der Mensch oft ziemlich irrational – nämlich gar nicht.



Organspende: Unterschiedlich geregelt

So viel Prozent der Bürger sind Organspender

- ✗ Widerspruch gegen gesetzlich vorgesehene Entnahme notwendig
- ✓ aktive Zustimmung zur Organspende notwendig

Ungarn	99,99	✗
Österreich	99,98	✗
Frankreich	99,91	✗
Portugal	99,64	✗
Polen	99,50	✗
Belgien	98,00	✗
Schweden	85,90	✗
Niederlande	27,50	✓
Vereinigtes Königreich	17,17	✓
Deutschland	12,00	✓
Dänemark	4,25	✓

Unser Konsum- und Sparverhalten hängt erstaunlich oft von sogenannten Defaults ab, das bedeutet „Vorgaben“ oder „Voreinstellungen“. Im Alltag begegnen uns diese Defaults vor allem bei der Installation von Computer-Software – in Form von kleinen Häkchen, mit denen wir voreingestellte Standardwerte übernehmen. Aber auch andere Branchen und der Staat arbeiten mit Voreinstellungen. Man kann sie annehmen oder ablehnen – doch oft sind sie uns gar nicht bewusst.

Wir entscheiden uns zum Beispiel häufiger für Ledersitze oder andere Extras im neuen Auto, wenn das Häkchen in der Auswahlliste bereits gesetzt ist. Auch die automatische Verlängerung von Zeitungsabos wird vom Käufer oft übernommen.

Ein weiterer Fall ist die private Altersvorsorge: Sie wird eher abgeschlossen, wenn der Arbeitsvertrag schon vorsieht, dass die vermögenswirksamen Leistungen automatisch in die Vorsorge fließen.

Defaults können sogar Leben retten. In vielen Ländern sind mehr Menschen auf eine Organspende angewiesen als Spenderorgane zur Verfügung stehen. In Deutschland warten pro Jahr 10.000 Menschen auf eine Spende, denn gerade einmal 12 Prozent der Bürger sind eingetragene Organspender (Grafik).

In Dänemark sind nur 4 Prozent der Menschen als Organspender registriert, in Ungarn dagegen ist es fast jeder Bürger.

Dies liegt – neben den unterschiedlichen Religionen und Kulturen – vor allem an der Rechtsprechung: In Österreich, Ungarn und Schweden

etwa ist jeder von Geburt an automatisch auch Organspender – in Deutschland muss man sich explizit als Organspender registrieren lassen. Seit November 2012 sind die Krankenkassen gesetzlich verpflichtet, ihre Versicherten regelmäßig über Organspende-Möglichkeiten zu informieren.

Dass Defaults eine so starke Auswirkung auf unsere Entscheidungen haben, liegt an der Natur des Menschen. Zum einen neigen wir dazu, Entscheidungen aufzuschieben, und behalten gerne den Status quo bei. Die Menschen sind oft schlichtweg zu bequem, etwas zu ändern, oder unsicher, welche Folgen eine bestimmte Entscheidung haben könnte. Zum anderen sind viele Menschen von der Informationsflut überfordert und bleiben einfach bei ihren Gewohnheiten – oder überlassen andere die Entscheidung.

Die Forschungsergebnisse der Verhaltensökonomien um Armin Falk von der Universität Bonn zeigen, dass man Voreinstellungen eher übernimmt, wenn die Entscheidung komplex ist und man dem „Default-Setzer“ – dem Staat, der Versicherung, dem Autoverkäufer – vertraut.

Der Staat sichert die Bürger mit Defaults in vielen Bereichen ab – und schützt sie so vor einer Flut von Rechtsstreitigkeiten: Wenn zum Beispiel der Arbeitgeber oder der Vermieter keine näheren Angaben macht, dann übernimmt das Gesetz. Das Mietrecht etwa schreibt vor, wer die Wohnung renovieren muss, und das Arbeitsrecht legt fest, wie viele Urlaubstage einem Arbeitnehmer mindestens zustehen.

Es gibt viel zu tun

Arbeitsvolumen. Die Erwerbstätigen in Deutschland haben im vergangenen Jahr fast 58 Milliarden Stunden gearbeitet – so viel wie seit 1994 nicht mehr. Allein im Vergleich zu 2009 hat das Arbeitsvolumen um gut 2 Milliarden Stunden zugenommen.

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern Europas ist die aktuelle Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt ausgesprochen erfreulich. So ist die Zahl der Erwerbstätigen im Laufe der vergangenen Jahre auf immer neue Rekordhöhen geklettert und überschritt im dritten Quartal 2013 erstmals die Marke von 42 Millionen.

Vor allem aber steigt auch die Zahl der Arbeitsstunden seit einiger Zeit wieder deutlich an (Grafik). Das ist umso bemerkenswerter, als der Trend zuvor lange rückläufig war:

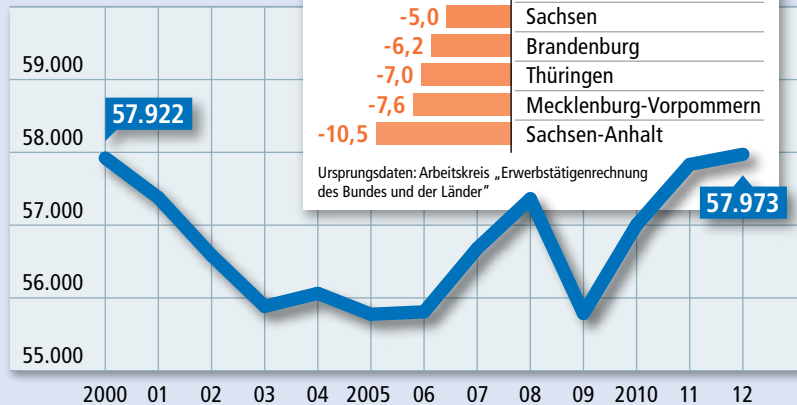
Zwischen 1991 und 2005 verringerte sich das Arbeitsvolumen um mehr als 4 Milliarden Stunden.

Ein wesentlicher Grund dafür war, dass nach dem kurzen Wiedervereinigungsboom viele unrentable Betriebe in den neuen Bundesländern schließen mussten und dadurch zahlreiche Vollzeitstellen verloren gingen. Und auch in Westdeutschland setzte damals eine längere wirtschaftliche Flaute ein. Hinzu kam, dass immer mehr Beschäftigte in der Bundesrepublik nur noch Teilzeit arbeiteten.

Die Trendwende kam mit den Hartz-Reformen, die den Arbeitsmarkt in Deutschland spürbar belebten und das Arbeitsvolumen vom Tiefpunkt im Jahr 2005 wieder wachsen ließen. Zwar gab es durch

Wie viel die Deutschen arbeiten

Arbeitsvolumen
in Millionen Stunden



Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwrd 48

die Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 zwischenzeitlich einen Dämpfer – unter anderem, weil viele Betriebe auf Kurzarbeit gehen mussten. Doch der damalige Rückgang des Arbeitsvolumens wurde inzwischen mehr als wettgemacht.

Dahinter steckt auch, dass viele der in den vergangenen Jahren geschaffenen Stellen Vollzeitarbeitsplätze sind – ihre Zahl stieg von 2005 bis 2012 um 1,2 Millionen. Dagegen blieb die Zahl jener Beschäftigten, die lediglich einen Minijob haben, nahezu konstant. Insgesamt hat sich der Anteil der Teilzeitarbeitnehmer laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung seit 2009 kaum erhöht. Die Kritik, in Deutschland werde die vorhandene Arbeit nur auf immer mehr Köpfe verteilt, trifft also nicht zu.

Vergleicht man das aktuelle Arbeitsvolumen mit dem des Jahres 2000, ist für Deutschland insgesamt keine große Bewegung zu erkennen.

Es lassen sich aber unterschiedliche regionale Tendenzen aufzeigen:

In Hamburg ist die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Zeitraum von 2000 bis 2012 um 7,9 Prozent gestiegen – so stark wie nirgends sonst in Deutschland.

Aufgrund der zahlreichen Einpendler ist das Arbeitsvolumen in der Hansestadt mittlerweile größer als in Brandenburg, Sachsen-Anhalt oder Thüringen.

Die ostdeutschen Flächenländer haben in den vergangenen Jahren die größten Rückgänge an Arbeitsstunden hinnehmen müssen – und das, obwohl die Erwerbstätigenquoten deutlich gestiegen sind. In Sachsen zum Beispiel hatten im Jahr 2012 fast 75 Prozent der 15- bis 64-Jährigen einen Job – gegenüber 64 Prozent im Jahr 1998. Die Ursache für das dennoch schrumpfende Arbeitsvolumen ist der Bevölkerungsrückgang, der in Sachsen fast 15 Prozent betrug, in Sachsen-Anhalt sogar 20 Prozent.

Aus der 17 soll eine 30 werden

Frauenquote. Sie kommt – darauf haben sich Union und SPD vergangene Woche in ihren Koalitionsverhandlungen geeinigt. Ab 2016 sollen drei von zehn zu besetzenden Mandaten in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen mit Frauen besetzt werden.

Aufsichtsräte wachen darüber, ob und mit welchem Ergebnis der Vorstand einer Aktiengesellschaft den nachhaltigen Firmenerfolg anstrebt. In Deutschland entsenden unter bestimmten Voraussetzungen sowohl Anteilseigner als auch Arbeitnehmer Vertreter in dieses Gremium.

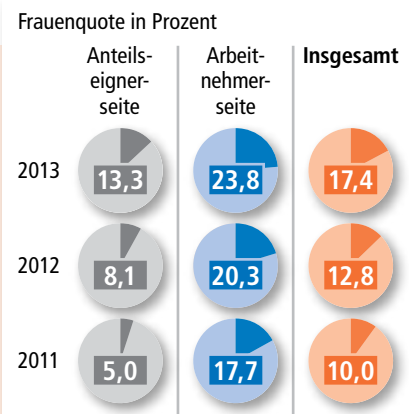
Die Einigung auf eine Frauenquote macht nun das Merkmal Geschlecht zu einem Entscheidungskriterium – mit dem Ziel, den Frauenanteil in den Kontrollorganen zu erhöhen (Grafik):

Derzeit stellen Frauen in den rund 160 Unternehmen, die insgesamt in

Weibliche Aufsichtsräte

Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen setzen sich in Deutschland aus Vertretern der Anteilseigner und Vertretern der Arbeitnehmer zusammen. Dabei dürfen die Arbeitnehmervertreter in Kapitalgesellschaften mit mehr als 2.000 Mitarbeitern in der Regel die Hälfte der Aufsichtsratsmitglieder stellen, in Kapitalgesellschaften mit mehr als 500 bis 2.000 Mitarbeitern ein Drittel und in kleineren Kapitalgesellschaften gar keine. Für Unternehmen des Bergbaus und der eisen- und stahlerzeugenden Industrie gelten gesonderte Regeln.

2013: Stand September; 2012, 2011: Stand Januar; Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen: DAX-, MDAX-, SDAX- und TecDAX-Unternehmen; Quelle: Frauen in die Aufsichtsräte e.V.



Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d 48

den vier großen Börsenindizes gelistet sind, 17 Prozent der Aufsichtsräte.

Das ist aber schon deutlich mehr als vor zwei Jahren – 2011 war erst jedes zehnte Aufsichtsratsmitglied weiblich. Auf Arbeitnehmerseite ist der Anteil seitdem um ein Drittel gestiegen, aufseiten der Anteilseigner hat er sich fast verdreifacht.

Gleichwohl sind weibliche „Kontrolleure“ immer noch häufiger auf der Arbeitnehmerseite anzutreffen als unter den Vertretern der Kapitalseite. Ursache dafür ist, dass Anteilseignern vor allem wichtig ist, dass Aufsichtsräte im Laufe ihres beruflichen Lebens Erfahrungen in leitenden Funktionen und der Unternehmensführung gesammelt haben. Berufswahl und unterbrochene Erwerbsbiografien mit Teilzeitbeschäftigung schränken deshalb den Kreis geeigneter Kandidatinnen ein.

Für die Arbeitnehmerseite zählt hingegen vorrangig, dass die in den Aufsichtsrat entsendeten Personen die Interessen der Mitarbeiter ausreichend zur Geltung bringen können – dafür braucht es nicht zwingend Führungsverantwortung.

erfahrungen mit einer verbindlichen Quote hat Norwegen: Dort mussten die betroffenen Firmen den Frauenanteil in Aufsichtsräten auf 40 Prozent erhöhen – was allerdings dazu führte, dass sich die durchschnittliche Unternehmensbewertung auf den Kapitalmärkten verschlechterte. Der Grund: Man musste sich beim plötzlich notwendigen Casting häufig für weniger erfahrene Kandidatinnen entscheiden.

Sollten – wie von den Koalitionen geplant – Aufsichtsratsmandate in Deutschland künftig unbesetzt bleiben, weil keine geeigneten Kandidatinnen gefunden werden können, ist dies verfassungsrechtlich heikel. Denn diese Regelung könnte dazu führen, dass die Arbeitnehmerseite die Stimmenoberhand im Aufsichtsrat gewinnt – und das widerspricht dem Mitbestimmungsgesetz von 1976.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw-d@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iw-d wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.